Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

253 (28.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 253 | Freitag, den 28. Oktober 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Gerüchte über eine Trübung des Verhältnisses zwischen Reichspräsident und Reichskanzler werden von amtlicher Stelle zurückgewiesen.

*

In Berlin trat der Deutsche Beamtenbund zu seinem 8. Bundestag zusammen.

*

Nach dem belgischen Parlament wird nun auch der dänische Landtag, der die Valutavorlage abgelehnt hat, aufgelöst.

*

In London kam es anläßlich des angekündigten Hungermarsches von Erwerbslosen zu schweren Straßenunruhen.

*

Das in Deutschland befindliche Vermögen des wegen Betrugs verurteilten und flüchtigen Heinrich Sklarz ist beschlagnahmt worden.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist in Pernambuco gelandet und stattet am Freitag in Rio de Janeiro einen Besuch ab.

*

Das englische Unterhaus hat das Ottawa-Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

*

Bei der Eröffnung der neuen vatikanischen Pinakothek wandte sich Papst Pius XI. gegen die „Verirrungen der modernen sogenannten christlichen Kunst".

*

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der zu wirtschafts- und handelspolitischen Fragen Stellung genommen wurde.

*

In dem „Nationalsozialistischen Zeitungsdienst" weist Prinz August Wilhelm die Behauptung des Stahlhelm, daß er die Stahlhelmbewegung unmoralisch genannt habe, in scharfer Form zurück.

*

Im Rahmen des Wahlkampfes sprachen am Donnerstag Goebbels in Hamburg, Hugenberg in Weimar, Dietrich in Karlsruhe u. a. m.

Hindenburg und der Kanzler

Berlin, 27. Okt. In einer ganzen Reihe von Zeitungen werden Gerüchte verbreitet, daß der Reichspräsident seinem Unmut über die Entwicklung der politischen Lage Ausdruck gegeben und daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler eine Trübung erfahren habe. Gegenüber diesen Gerüchten hat der Reichspräsident die zuständigen Stellen ermächtigt, zu erklären, daß er keinerlei derartige Aeußerungen getan habe und daß der Reichskanzler nach wie vor sein volles Vertrauen genieße.

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung beginnt seine Tätigkeit

T.U. **Berlin**, 27. Okt. Die neu ernannten Mitglieder des Reichskuratoriums für die Jugendertüchtigung traten heute dem erstenmal zu einer Sitzung zusammen. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hielt eine Begrüßungsansprache und der zuständige Referent im Reichsinnenministerium, Oberregierungsrat Erbe, sprach anschließend eingehend über die Vorarbeiten, die bisher geleistet wurden, und über die künftigen Aufgaben, die das Reich dem Reichskuratorium überwiesen hat. Es fand dann eine Besichtigung einer Lehrschule in Döberitz statt, wo die jungen Leute aus den verschiedenen Wehrverbänden schon gemeinsam ausgebildet werden. Anschließend folgte eine allgemeine Aussprache.

Oxford-Professoren setzen sich für Deutschlands Gleichberechtigung ein

T.U. **Berlin**, 28. Okt. Mitglieder der Universität Oxford wandten sich nach einer Berliner Blättermeldung aus Oxford in einem offenen Brief an die englische Oeffentlichkeit, die darin aufgefordert wird, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß der unleugbaren Kriegsgefahr in der Welt Einhalt geboten werden. Deutschlands Gleichberechtigungsforderung könnte, wenn man ihr in der Form stattgebe, daß Deutschland auf den Stand der anderen Mächte aufrüste, zum Wiederaufleben der verhängnisvollen Gleichgewichtspolitik führen, die die Schuld am Weltkriege ist. Man vergesse aber nicht, daß auf Deutschlands Abrüstung die der Siegermächte folgen müsse, und vergleiche damit die Art, wie sich das englische Außenamt zum deutschen Gleichberechtigungsanspruch gestellt habe. „Statt den klaren moralischen Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung anzuerkennen und die klare moralische Pflicht, diesen Anspruch durch Abrüstung der Siegermächte zu befriedigen, wurden die Schlüsse durch eine unangebrachte Betonung juristischer Argumente verdunkelt."

Reichskabinett und Preußenfrage

Vor wichtigen Beratungen

Berlin, 27. Okt. Das Reichskabinett wird am Freitag zusammentreten, um die politischen und rechtlichen Auswirkungen zu besprechen, die sich aus dem Leipziger Urteil ergeben. Im wesentlichen dürfte es sich darum handeln. **Klarheit über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reichskommissar und preußischem Staatsministerium zu gewinnen.** Es ist anzunehmen, daß dabei auch die Frage der **preußischen Verwaltungsreform** eine Rolle spielen wird. Ein Berliner Abendblatt geht so weit, die bevorstehende **Herbeiführung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen anzukündigen**, die der eigentlichen Reichsreform den Boden bereiten soll. Einige preußische Ministerien sollen mit Reichsministerien zusammengelegt, andere aufgelöst und einzelne Ministerien erhalten bleiben. Der Reichskommissar, so wird berichtet, leite aus dem Spruch des Staatsgerichtshofes das Recht ab, diese Aenderung in der Verwaltung aus eigenem Ermessen vorzunehmen und das Berliner Blatt glaubt, daß hierfür auch die Zustimmung des Reichspräsidenten vorliege. Das Urteil von Leipzig bilde für diese Entwicklung kein Hindernis. Politisch und sachlich komme hinzu, daß auch Ministerpräsident Braun bei dem Presseempfang einer vernünftigen Lösung der Preußenfrage durch Zusammenlegung von Ministerien das Wort geredet habe. Aber man muß zunächst die Sitzung des Reichskabinetts am Freitag abwarten.

*

Vor entscheidenden Beschlüssen des Reichskabinetts

Ministerpräsident Braun Samstag bei Hindenburg.

T.U. **Berlin**, 27. Okt. Das Reichskabinett wird sich am morgigen Freitag mit der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes geschaffenen Lage befassen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird sich die Reichsregierung durchaus auf den Boden des Leipziger Urteils stellen. Man beabsichtigt dabei, die vom Reichskommissar ausdrücklich als zu Recht bestehend zuerkannten Verwaltungsbefugnisse in Preußen voll auszunutzen und die seit längerem beabsichtigten Maßnahmen der Verwaltungsreform nunmehr baldigst in Gang zu bringen. Dabei soll der Dualismus Reich-Preußen, soweit dies auf dem Verwaltungswege durchführbar ist, beseitigt werden. Der Reichskommissar für Preußen und Reichskanzler von Papen wird das Reichskabinett über seine diesbezüglichen Absichten unterrichten. Geplant ist, die Personalunion zwischen Reichs- und preußischen Ministern möglichst weitgehend zu verwirklichen und Reichsminister mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte preußischer Ministerien zu beauftragen. Als besonders verwaltete preußische Ministerien sollen danach nur noch erhalten werden die preußischen Ministerien des Innern, der Finanzen und das Kultusministerium. Die heutige Stellung des kommissarischen preußischen Innenministers Dr. Bracht würde die eines Reichsministers ohne Portefeuille werden, der gleichzeitig mit der Wahrung der Geschäfte des preußischen Innenministers kommissarisch beauftragt wäre. Der Reichsernährungsminister würde mit der Wahrung der Geschäfte des preußischen Landwirtschaftsministeriums kommissarisch beauftragt werden und der Reichswirtschaftsminister mit der des preußischen Handelsministeriums, das allerdings wahrscheinlich erheblich verkleinert werden dürfte. Das preußische Wohlfahrtsministerium soll ganz verschwinden. Die Restaufgaben würden andere Ministerien mit übernehmen.

Was das Verhältnis zu dem preußischen Staatsministerium Braun angeht, dem die Hoheitsrechte der Vertretung des Landes im Leipziger Urteilsspruch zuerkannt sind, so hofft man zuversichtlich, sich über die Zuständigkeitsfrage in der Praxis auf dem Boden des Leipziger Urteils zu einigen. Am Samstag wird der preußische Ministerpräsident Braun auf seinen Wunsch vom Reichspräsidenten Hindenburg in Gegenwart des Reichskanzlers und Reichskommissars für Preußen empfangen werden.

Die Abrüstungsverhandlungen Norman Davis in London

T.U. **London**, 27. Okt. Der amerikanische Unterhändler Norman Davis hat außer mit dem italienischen, französischen und japanischen Botschafter auch mit dem deutschen Geschäftsträger Graf Bernstorff gelegentlich eines privaten Besuches über die Londoner Vorgänge gesprochen. — Ueber das Ergebnis der Londoner Unterredung von Norman Davis, soweit sie sich auf die Abrüstung bezog, ergibt sich jetzt folgendes vorläufiges, amtlich allerdings noch nicht bestätigtes Bild:

1. England und Amerika stimmen darin überein, daß energische Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und zur Wiederbelebung der Wirtschaft notwendig sind.

2. Seeabrüstung. Norman Davis hat die äußersten Anstrengungen gemacht, um bei England die Annahme der allgemeinen Grundsätze des Hooverplanes durchzusetzen, ohne hierbei auf der starren Mathematik der Zahlen zu bestehen. Diese Aufgabe ist ihm zu einem erheblichen Teil gelungen, insofern, als England die Notwendigkeit von Sparsamkeit beim Marinehaushalt anerkannt und sich mit einer Verminderung der Gesamttonnage einverstanden erklärt hat.

3. Amerika und England versuchen, die Zustimmung Japans und dann auch Frankreichs und Italiens zu den neuen Richtlinien der Seeabrüstung zu erwirken.

4. Es ist anzustreben, daß die Vereinbarungen die Form eines Abkommens der fünf Seemächte annehmen.

5. England u. Amerika stimmen darin überein, daß die Schritte zur Herabsetzung der Rüstungen zur See eine Rückwirkung auf die Land- und Luftabrüstung haben und zu einer praktischen Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Hooverplanes auf diesen Gebieten führen sollen. Es verlautet, daß eine Formel in Vorbereitung sei, die die gemeinsamen Ansichten Englands und Amerikas darstellt.

Es wird zuversichtlich damit gerechnet, daß Italien sich den englisch-amerikanischen Richtlinien anschließen wird, und daß damit ein moralischer Druck auf Frankreich und Deutschland im Sinne eines deutsch-französischen Ausgleiches ausgeübt werden kann.

6. Amerika und England sind sich darüber einig, daß die Festlegung der Rüstungsherabsetzung eine Sache ist, die zunächst nur die noch nicht abgerüsteten Mächte angeht. Andererseits aber ist man sich darüber klar, daß die Abrüstungsverhandlungen in Genf nur dann von wirklich praktischem Nutzen sein können, wenn Deutschland an ihnen beteiligt ist.

7. Amerika stimmt stillschweigend der englischen Auffassung zu, daß die Frage, wie sich die durch den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz entstandenen Schwierigkeiten beseitigen lassen, durch eine Aussprache zwischen England, Frankreich Italien und Deutschland bereinigt werden soll.

8. England und Amerika sind sich darüber einig, daß an dem Grundsatz der Nichtwiederaufrüstung unbedingt festgehalten werden muß.

Zur Reichstagswahl

Der Verbandswahlausschuß für den 16. **Wahlkreisverband Württemberg-Baden** hat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1932 über die Zulassung der eingereichten **Verbindungserklärungen** beschlossen. Nach den von den Vertrauensmännern der Kreiswahlvorschläge für den **31 Wahlkreis Württemberg** und den Vertrauensmännern der entsprechenden Kreiswahlvorschläge für den **32. Wahlkreis Baden** übereinstimmend abgegebenen Erklärungen sind im Wahlkreisverband 16 folgende Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen zustande gekommen:

a) Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
b) Kommunistische Partei Deutschlands;
c) Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei — im 32. Wahlkreis: Badische Zentrumspartei —;
d) Deutschnationale Volkspartei;
e) Radikaler Mittelstand;
f) Deutsche Volkspartei;
g) Deutsche demokratische Partei Württembergs und Hohenzollern — im 32. Wahlkreis: Deutsche Staatspartei — zusammen mit Deutsche Reformpartei im 31. Wahlkreis; ferner Deutsche demokratische Partei Württemberg und Hohenzollern im 31. Wahlkreis, Deutsche Staatspartei im 32. Wahlkreis und Nationale Freiheitspartei Deutschlands im 32. Wahlkreis sowie Deutsche Staatspartei im 32. Wahlkreis und Deutsche Reformpartei im 32. Wahlkreis.

Eine Verbindung der Deutschen demokratischen Partei Württemberg und Hohenzollern im 31. Wahlkreis mit der Deutschen Reformpartei im 32. Wahlkreis, ferner der Deutschen Reformpartei im 31 Wahlkreis mit der Deutschen Reformpartei im 32. Wahlkreis, sowie der Deutschen Reformpartei im 31. und 32. Wahlkreis mit der Nationalen Freiheitspartei Deutschlands im 32. Wahlkreis konnte nicht zugelassen werden, da die Erklärungen der Vertrauensmänner bis zum Ablauf der Einreichungsfrist nicht vollständig eingegangen waren);

h) Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) — im 32. Wahlkreis. Evangelischer Volksdienst zusammen mit Volksrechtpartei u. Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront);
i) Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) — im 32. Wahlkreis: Reichspartei des deutschen Mittelstandes —;
k) Deutsche Bauernpartei — im 32. Wahlkreis: Vereinte Bauern (Deutsche Bauernpartei, Dauetsches Landvolk) —;
l) Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung);
n) Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Verbindungserklärungen wurden nicht eingereicht für die Kreiswahlvorschläge mit den Kennworten: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), Bauern- und Weingärtnerbund, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft), Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer, Enteigneter Mittelstand, Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende.

Die deutsche Beamtenschaft in der Krise der Gegenwart

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Dem 8. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes kommt diesmal besondere Bedeutung zu. Es ist nicht so sehr die Nähe des Wahltermins als vielmehr die Tatsache, daß die deutsche Beamtenschaft genau so in die krisenschwere Zeit der Gegenwart verstrickt worden ist wie andere Berufsschichten des deutschen Volkes. Eine Zeitlang schien auch die Burg der Beamtenschaft unberennbar zu sein, aber schließlich hat auch sie nicht nur Vorfeldpositionen räumen, sondern auch wichtige Bollwerke selbst preisgeben müssen. Die Maßnahmen der beiden letzten Jahre haben die deutsche Beamtenschaft in materieller und rechtlicher Beziehung stark beeinträchtigt. Wie der dem Bundestage vorgelegte Geschäftsbericht nachweist, der sich auf die Zeit von Oktober 1930 bis September 1932 bezieht und für diesen Zeitraum Rechenschaft über die Politik des Deutschen Beamtenbundes gibt, sind die Gehaltsabzüge der Beamten in der Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum Juni 1932 nicht weniger als fünfmal größeren oder kleineren Kürzungen unterworfen worden. Diese Gehaltsabzüge, die durch Notverordnungen verfügt wurden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Beamten im Durchschnitt gegenwärtig allgemeine Einkommenskürzungen von 19 bis 23 Prozent gegenüber dem Stande der letzten Besoldungsregelung von 1927 zu tragen haben. Dazu treten noch Sonderkürzungen verschiedenster Art, insbesondere bei Länder- und Gemeindebeamten.

Der Geschäftsbericht hebt jedoch ausdrücklich hervor, daß die deutsche Beamtenschaft weit davon entfernt ist, die Schwere und Tragweite der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise, die Notlage der öffentlichen Finanzlage zu verkennen. Sie ist deshalb von sich aus auch bereit, den ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit entsprechenden Anteil zur Entlastung zu tragen. Dennoch steht die Beamtenschaft unter dem Eindruck, daß die für eine Besserung der öffentlichen Finanzen gegebenen Möglichkeiten von einigen Regierungen in eine gar zu einseitige Beziehung zu den Beamtengehältern gebracht wurden, während die von dem Deutschen Beamtenbund gegebenen Anregungen unbeachtet blieben.

Bei der engeren Schicksalsverbundenheit der deutschen Beamtenschaft mit dem wirtschaftlichen und politischen Allgemeinzustand Deutschlands verlangt die Beamtenschaft selbstverständlich keine besondere Bevorzugung. Vor allem erscheint eine nominelle Erhöhung der Gehälter für längere Zeit ausgeschlossen. Doch wünscht die Beamtenschaft, bei dem erhofften wirtschaftlichen Wiederaufstieg nicht leer auszugehen. In erster Linie soll dann die Einheitlichkeit der Beamtenbesoldung in Reich Ländern und Gemeinden hergestellt werden. Durch die Notverordnungen hat das Beamtenwesen auch auf rechtlichem Gebiet eine Reihe von Beeinträchtigungen erfahren, die beseitigt werden müssen. Infolgedessen erstrebt die Beamtenschaft einen sozialen und zeitgemäßen Ausbau des Beamtenrechtes, das für alle Beamten einheitlich gestaltet werden muß. Der allgemeine Teil des Beamtenrechtes ist noch immer nicht kodifiziert worden, auch das Beamtenvertretungsgesetz ist trotz wiederholter Ansätze noch nicht fertig geworden. Besonders liegt der Beamtenschaft an der Schaffung einer neuen Beamtendienststrafordnung für das Reich. Außerordentlich wichtig ist die Frage nach der Zukunft der Reichsbahnbeamten. Durch die Bestimmungen des Dawes-Planes ist die Reichsbahn außerhalb der eigentlichen Reichsverwaltung gestellt worden. Der Deutsche Beamtenbund hat die Forderung der Reichsbahnbeamten nach Wiedereingliederung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in die Reichsverwaltung und Rückführung der deutschen Reichsbahnbeamten in das Reichsbeamtenverhältnis sich zu eigen gemacht. Solange aber noch die internationalen Bindungen der Reichsbahn bestehen ist eine Erfüllung dieser Forderungen nicht möglich. Nun sieht zwar das Laujanner Abkommen die Aufhebung dieser internationalen Bindungen vor, doch hat es bislang keine Rechtswirksamkeit, da es weder von Deutschland noch von den übrigen Partnern ratifiziert worden ist. Wenn außenpolitisch der Weg frei geworden ist für die innerdeutsche Regelung der Reichsbahnverhältnisse, soll auch die Rückführung der Reichsbahnbeamten bei den gesetzgebenden Körperschaften durchgeführt werden.

Der Deutsche Beamtenbund ist parteipolitisch neutral. Er würde sich selbst aufgeben, wenn er irgend einer Partei oder politischen Bewegung gestatten würde, auf seine Entschlüsse und Beschlüsse Einfluß zu nehmen. Von diesem Grundsatz sollen auch die Verhandlungen des 8. Bundestages geleitet sein. Das Berufsbeamtentum stellt das Rückgrat des Staates dar. Es gesund zu erhalten, ist staatliche Pflicht und berufliches Ziel. R. K.

•

Der Verlauf der Tagung

Berlin, 27. Okt. Der Deutsche Beamtenbund trat am Donnerstag unter starker Teilnahme aus dem ganzen Reiche zu seinem Bundestag zusammen. Der Bundesvorsitzende Flügel teilte in seiner Begrüßungsansprache unter lebhafter Bewegung der Versammlung mit, daß die Reichsregierung darauf verzichtet habe, der Einladung zu der Tagung zu folgen und sich mit geschäftlicher Behinderung entschuldigt habe. Zum Verhandlungsleiter des Bundestages wurde Regierungsrat Dietrich-Kassel bestimmt. Der Bundesvorsitzende Flügel hielt darauf einen Vortrag über die Politik des Deutschen Beamtenbundes. Er betonte, daß die Beamtenschaft durchaus bereit sei, ihren Anteil an der allgemeinen Not zu tragen. Der Gesamteffekt der Beamtengehaltskürzungen betrage bisher rund 2,25 Milliarden RM. Lebhafte Kritik übte Flügel an dem „Dolchstoß", den der Industrielle von Siemens gegen die öffentlichen Bediensteten geführt habe. Nicht wenige leitende Persönlichkeiten der Wirtschaft bezögen heute noch Einkommen, gegen die die Gehälter höchster Beamten sich wie Bettelgroschen ausnehmen. Mit Entschiedenheit wandte sich Flügel auch gegen jeden Versuch, die Beamten zu Staatsbürgern minderen Rechts und minderen Grades zu machen. Den Hauptteil des Vortrages nahm die Auseinandersetzung mit den Angriffen auf den Beamtenbund wegen angeblicher Verletzung seiner parteipolitischen Neutralität in Anspruch. Flügel formulierte das Wesen des **Neutralitätsbegriffes** dahin, daß parteipolitische Neutralität die Unabhängigkeit von jeder politischen Partei, die völlige Freiheit von jedem Parteieinfluß bedeute, aber auch in sich schließe die Möglichkeit zum Zusammenwirken mit jeder Partei und die Zurückweisung von Angriffen und Bedrohungen durch Parteien und Parteiführer, wenn diese die Interessen des Beamtentums verletzen. Flügel erklärte zum Schluß, daß sich der Beamtenbund auch in Zukunft nicht in negativer Kritik erschöpfen werde. Wer Parteigeist und Parteidoktrin in die überparteiliche Arbeit des Bundes trage, versündige sich an der berufspolitischen Grundlage der Organisation. Der Deutschen Grundübel sei ihr Hang zur Zwietracht im eigenen Volke.

Zwischenfälle bei Wahlversammlungen

Ausschreitungen bei Brüning-Versammlungen in Bamberg

Bamberg, 27. Okt. Anläßlich der Brüning-Versammlung kam es auf den Straßen zu starken Ausschreitungen. Vor den Sälen sammelten sich große Menschenmengen, die Brüning mit starken Beschimpfungen empfingen. Nach Beginn der Versammlung begann auf den Straßen ein derartiger Lärm, daß die Polizei die Straßen räumen mußte, weil man den Redner im Versammlungsraum überhaupt nicht hören konnte. Landespolizei wurde mit Steinwürfen empfangen. Auf der Fahrt zum Hotel wurde gegen den Kraftwagen, in dem Dr. Brüning saß, ein Stein geschleudert, der ein Wagenfenster zertrümmerte. Die Demonstranten waren meist junge Leute verschiedener Parteirichtungen, unter ihnen in besonders großer Anzahl Angehörige der NSDAP. Die Demonstration war, wie die Polizei mitteilt, planmäßig organisiert. Die Polizei hatte drei Verletzte zu beklagen. Der Stadtkommandant hat politische Versammlungen in Bamberg bis auf weiteres verboten.

•

Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung

Erfurt, 27. Okt. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung, in der Rechtsanwalt Frank 2 (München) sprach, kam es zu erregten Auftritten, als der überwachende Polizeioffizier den Redner wegen scharfer Angriffe gegen den Reichskanzler verwarnte. Rechtsanwalt Frank beachtete jedoch die Verwarnung nicht, so daß er ein zweites Mal verwarnt wurde. Daraufhin äußerte sich der Redner abfällig über die überwachenden Polizeiorgane, was die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte. Dabei kam es zu einem Tumult im Saal. **Es wurde mit Biergläsern nach den Beamten geworfen.** Der Saal wurde von der Polizei geräumt.

Arbeitsbeschaffung für 500 000 Wohlfahrtserwerbslose?

T.U. **Berlin**, 27. Okt. Wie der „Berliner Börsenkurier" erfährt, wird das Reichskabinett vielleicht schon in seiner Sitzung am Freitag über einen Plan der Gemeinden Beschluß fassen, der die Arbeitsbeschaffung für 500 000 Wohlfahrtserwerbslose zum Ziel hat. Die Gesamtkosten dieser Aktion belaufen sich dem „Berl. Börsenk." zufolge auf rund 750 Millionen RM., da der Lohnaufwand für jeden eingestellten Erwerbslosen auf jährlich 1000 RM. beziffert werde und die vorgesehenen Arbeiten Sachausgaben je Kopf von nochmals 500 Mark bedingen. Die Deckung der Kosten sei wie folgt beabsichtigt: Zunächst einmal ersparten die Gemeinden für die angestellten Wohlfahrtserwerbslosen die übliche Unterstützung, die durchschnittlich 44 bis 45 Mark pro Kopf und Monat betrage. Hieraus ergebe sich eine Gesamtersparnis von rund 250 Millionen Mark. Der Restbetrag soll zum Teil durch Gewährung von Steuergutscheinen aufgebracht werden.

Offizieller Staatsbesuch von Papens in Dresden

T.U. **Dresden**, 27. Okt. Schon nach dem Besuch bei der bayerischen Regierung verlautete, daß der Reichskanzler von Papen auch nach Dresden kommen werde. Wie der „Dresdener Anzeiger" jetzt hört, ist dieser offizielle Staatsbesuch bei der sächsischen Regierung nunmehr auf den 14. November festgesetzt worden.

Die diesjährigen Nobelpreisträger für Physiologie und Medizin

T.U. **Stockholm**, 27. Okt. Das Lehrerkollegium des Karolinischen Institutes (selbständige medizinische Fakultät) in Stockholm hat beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Physiologie und Medizin zwischen den beiden Engländern Sir Charles Cherington-Oxford und Professor Edgar Douglas Adrian-Cambridge zu teilen. Den beiden Forschern wurde der Nobelpreis zugesprochen in Anerkennung ihrer Entdeckungen über die Funktion des Neurums (Geschwulst an den Nervenstämmen).

Die übrigen Nobelpreise werden frühestens am 9. November bekannt.

Die Hungerunruhen in London

London, 27. Okt. Die 2000 Teilnehmer des Hungermarsches sind im Hydepark zusammengetroffen. Alle verfügbaren Polizeikräfte sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten. Die Demonstranten setzten sich in Reihen zu Vieren, begleitet von Polizisten zu Fuß und zu Pferde, zu ihrem Umzug in Bewegung. Dabei kam es zu **ernsten Zwischenfällen.** Als ein Polizist einen der Teilnehmer verhaftete, drängte eine Menge von mehreren tausend Menschen gegen das Parkgelände. Der gesamte Verkehr wurde zum Stillstand gebracht. Berittene Polizisten gingen mit Knüppeln gegen die Menge vor. Etwa 20 berittene Polizisten schlossen sich den bedrängten Polizisten an und verfolgten die Menge. Mehrere Personen wurden verletzt. Viele Ladenfenster in dem Bezirk wurden eingeschlagen; die erschreckten Ladenangestellten flüchteten in die oberen Stockwerke. Bald wurde die Lage beim Marblearch am Hydepark ernst. **Die Menge bewarf die Polizei mit Steinen und Kot.** Berittene Polizei drängte die riesige Menschenmenge in der Oxfordstreet zurück. Zahlreiche Läden und Restaurants schlossen sofort ihre Tore. Die Demonstranten rissen Aeste von den Bäumen und wehrten sich damit. Mehrere Frauen gerieten bei dem Vorsturm der berittenen Polizei unter die Pferde.

Die Lage wurde allmählich so ernst, **daß die Polizei im Galopp gegen die Menge vorgehen mußte;** die unter ironischen Rufen in allen Richtungen auseinanderstob. Zur Verstärkung wurden weitere Polizeiabteilungen herbeigerufen, die sich in Seitenstraßen zu Hunderten für Notfälle bereit hielten. Es fiel auf, daß die höheren Polizeibeamten und alle berittenen Polizisten Helme trugen statt der üblichen Tuchkappen.

Deutschland

Die Arbeitsmarktstatistik der Krankenkassen

Berlin, 27. Okt. Einen interessanten Aufschluß über die Entwicklung der Arbeitslosenbewegung gibt die Statistik der Krankenkassen. Danach hat sich im September die Zahl der den Krankenkassen angehörigen Arbeitnehmer, die sich im Arbeitsverhältnis befinden, um rund 80 000 erhöht. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres war die Zahl um rund 250 000 gesunken und im Juli-August ds. Js. war ein Rückgang um rund 34 000 festzustellen.

Güterzug beraubt — Die Bahnpolizei beschossen

Delitzsch, 27. Okt. Der Durchgangsgüterzug Falkenberg—Halle wurde nachts in Delitzsch auf dem Sorauer Güterbahnhof **von bisher unbekannten Dieben beraubt.** Mehrere Wagen wurden erbrochen und Stückgut auf den Bahnkörper geworfen. Der Raub wurde erst nach der Abfahrt des Zuges bemerkt. Ein Kommando der Bahnpolizei Halle begab sich sofort mit einer Lokomotive nach Delitzsch und suchte das Gelände systematisch ab. Dabei wurden die Beamten aus einem Strohdiemen plötzlich beschossen. Es wurden im ganzen etwa 15 bis 20 Schüsse gewechselt. Einer der Täter erhielt einen Armschuß und konnte festgenommen werden, die übrigen entkamen auf ihren Fahrrädern.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco gelandet

Hamburg, 27. Okt. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Donnerstag gegen 9.45 Uhr MEZ. in Pernambuco gelandet und fährt am Freitag nach Rio de Janeiro.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[1

Erstes Kapitel.

Rechtsanwalt Weltner hob unwillig den Kopf von den Akten. Da draußen im Büro klang doch noch eine fremde Stimme... Wer konnte jetzt noch kommen? Die Besuchszeit war längst vorbei — sieben Uhr. Er hatte gehofft, nun endlich in Ruhe die Unterschriften und eiligen Sachen aufarbeiten zu können, die während des arbeitsreichen Tages liegengeblieben waren. Da öffnete sich die Tür nach bescheidenem Klopfen, und sein Bürovorsteher kam herein.

„Frau Bernheim ist draußen und fragt, ob sie den Herrn Rechtsanwalt noch sprechen könnte."

Das ärgerliche Gesicht des jungen Anwalts entspannte sich sofort.

„Natürlich! Ich lasse bitten."

Er erhob sich und ging einer zierlichen blonden Frau entgegen.

„Ich muß um Entschuldigung bitten, Herr Rechtsanwalt", sagte sie schüchtern, „daß ich noch nach der Bürozeit zu Ihnen komme; aber ich bin bis jetzt wegen einer Stellung herumgelaufen."

„Sie sind mir immer willkommen, verehrte gnädige Frau", gab der junge Anwalt zur Antwort und schüttelte herzlich die ihm hingehaltene Hand. „Wie ist es denn mit der Stellungssuche geworden? Hat sich irgendeine der Hoffnungen verwirklicht?"

Edith Bernheim schüttelte mit dem Kopfe; ein leiser Seufzer kam über ihre Lippen.

„Es ist nichts geworden", erwiderte sie leise mit einer Stimme, deren warmer Altklang durch die Enttäuschung wie unter Schleiern gedämpft schien. „Ueberall höre ich dasselbe: alles besetzt."

Rechtsanwalt Weltner sah mit einem warmen Blick in das Gesicht der jungen Frau; es war ein schmales Gesicht mit schmaler, feinrückiger Nase, einem herben Mund, der noch ganz mädchenhaft aussah, und großen blauen Augen. In dem reinen Blau jedoch waren ein paar leichtbräunliche Punkte und gaben dem Blick etwas Dunkles, Verhaltenes. Aschblondes Haar drängte sich matt glänzend unter dem kleinen Trauerhut hervor. Die Formung der Wangenknochen war kräftig; es war ein Gesicht, wie man es oben in der norddeutschen Heide häufig findet unter den Frauen der alteingesessenen Herrengeschlechter.

„Nehmen Sie doch bitte Platz", sagte der junge Anwalt freundlich.

Die junge Frau folgte seiner Aufforderung und setzte sich in den tiefen Klubsessel, der gegenüber dem Schreibtisch stand und für die Klienten bestimmt war. Aber sie setzte sich nicht tief und behaglich hinein, wie die meisten Menschen es taten — sie blieb gleichsam auf der Kante sitzen.

Wie auf der Flucht!, mußte Weltner denken, wie auf der Flucht vor dem Leben.

„Und wie steht es mit meinen Angelegenheiten, Herr Rechtsanwalt? Werde ich etwas aus den Besitzungen, die meinem Manne gehörten, herausbekommen?"

Eine bange Frage lag in ihren Augen.

Rechtsanwalt Weltner vermied es jetzt, diesem Blick zu begegnen. Er konnte es nicht über sich gewinnen, den leisen Hoffnungsstrahl, der sich in den rührenden Frauenaugen spiegelte, zum Verlöschen zu bringen. Er schwieg einen Augenblick, dann, auf seine Akten sehend, räusperte er sich.

„Leider sind die Aussichten gleich Null, gnädige Frau. Die Gläubiger drüben sind nicht zur Vernunft zu bringen. Wir haben ja keine vollgültigen Beweise für Ihre Ansprüche. Vor allem dieser Chilene will offenbar den ganzen Besitz billig in seine Hand bringen."

Edith Bernheim hatte die schlanken, weißen Hände zusammengekrampft, die in den Falten des schwarzen Trauerkleides wie weiße Blüten ruhten.

In ihre Augen stieg ein feuchtes Glänzen. Man sah, wie sie mit den Tränen kämpfte.

„Also diese Hoffnung ist auch verloren", sagte sie leise. „Was soll nun werden? Ich bin am Ende meiner Mittel und meiner Kräfte."

Sie sah mit starrem Blick vor sich hin.

Rechtsanwalt Weltner räusperte sich.

„Wenn ich Ihnen irgendwie zur Verfügung stehen darf, verehrte Frau..."

Ein glühendes Rot floß über das bleichgewordene Gesicht Edith Bernheims.

„Ich bitte Sie, Herr Rechtsanwalt, beschämen Sie mich nicht. Nein — an so etwas ist gar nicht zu denken. Ohnehin bin ich schon mehr, als ich je gutmachen kann, in Ihrer Schuld. Mit welcher Sorgfalt haben Sie sich meines Prozesses angenommen, obwohl ich Ihnen doch ganz fremd war. Und nun weiß ich nicht mal, wie ich meine Schulden an Sie abtragen soll, solange ich nichts verdiene."

„Beunruhigen Sie sich doch damit nicht; das wäre ja schlimm, wenn wir Anwälte des Rechtes nicht einmal einem Menschen helfen sollten, ohne gleich mit der Kostennote anzurücken. Ihr Fall hat mich besonders interessiert; ich wünschte nur, ich hätte Ihre Sache zu einem glücklichen Ende führen können. Leider ist mir das nun nicht gelungen. Das lag an den unglücklichen Umständen und den unklaren Vertragsverhältnissen zwischen Ihrem verstorbenen Gatten und dem Chilenen — nicht an mir."

„Das weiß ich, Herr Rechtsanwalt."

Edith Bernheim sah mit einem warmen Blick in das kluge, lebendige Männergesicht mit der hohen, geistvollen Stirn und den eindringlichen Augen, die jetzt eine weiche Güte zeigten.

„Und gerade weil ich weiß, wieviel Mühe und Arbeit Sie auf meine Sache verwandt haben, fühle ich mich so bedrückt, daß ich auch im Pekuniären Ihre Schuldnerin bleiben muß. Sowie ich erst eine Stellung habe, werde ich versuchen, abzubezahlen. Das müssen Sie mir glauben."

„Ich glaube Ihnen alles", sagte der junge Anwalt lächelnd. Er wollte noch weiter sprechen, aber das Telephon auf seinem Schreibtisch rief schrill.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg